Verbraucherzentrale Hamburg

Pressemitteilung vom 16. April 2026

# „Ewigkeitschemikalien“ im Alltag: Verbraucherzentrale findet verbotene PFAS in Kinderjacke

Hamburger Verbraucherschützer fordern ein zügiges PFAS-Verbot und konsequente Kontrollen durch Behörden

Die Verbraucherzentrale Hamburg hat in einer Stichprobe erneut problematische per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) in Alltagsprodukten nachgewiesen – darunter die bereits seit Jahren weitgehend verbotene Chemikalie PFOA. Die Hamburger Verbraucherschützer fordern ein zügiges PFAS-Verbot und dessen konsequente Durchsetzung durch die zuständigen Behörden.

## Verbotene Chemikalie in Kinderjacke von KiK gefunden

Im Rahmen einer Untersuchung ließ die Verbraucherzentrale Hamburg verschiedene Produkte analysieren, darunter Jacken, Schuhe und ein Imprägnierspray. Dabei fiel ausgerechnet eine Kinderjacke besonders negativ auf: Das beim Textil-Discounter KiK erworbene Kleidungsstück mit der Produktnummer 1200948 enthielt stark erhöhte Werte von Perfluoroctansäure (PFOA), einer PFAS-Verbindung. PFOA ist seit Juli 2020 weltweit weitgehend verboten. „Dass wir ausgerechnet in einer Kinderjacke eine verbotene Substanz finden, ist alarmierend“, sagt Susanne Langsdorf von der Verbraucherzentrale Hamburg.

## Rückrufe wegen PFOA keine Ausnahme

Immer wieder müssen Alltagsgegenstände europaweit wegen einer Belastung mit PFOA zurückgerufen werden. Laut Produktsicherheitsdatenbank der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) waren das in Deutschland zuletzt Handschuhe,

Kissen, Taschen und Jacken.

Doch das von der Verbraucherzentrale Hamburg als problematisch identifizierte Kleidungsstück von KiK steht, anders als eine Kinder-Softshelljacke des Händlers, nicht auf der Warnliste „Gefährliche Produkte in Deutschland“ der BAuA. Laut Online-Shop des Anbieters ist die lilafarbene „Made to be happy“-Jacke mittlerweile ausverkauft. „Es ist daher davon auszugehen, dass sich zahlreiche dieser Jacken im Umlauf befinden und von Kindern getragen werden“, so Langsdorf. „Dabei haben wir KiK bereits im Februar über das Ergebnis unserer Untersuchung informiert. Bis heute hat sich das Unternehmen jedoch nicht zurückgemeldet und keinen Produktrückruf in die Wege geleitet.“

## Gefahr durch PFAS in Alltagsprodukten

PFAS werden auch als „Ewigkeitschemikalien“ bezeichnet, da sie in der Umwelt nicht abgebaut werden und sich sowohl in der Natur als auch im menschlichen Körper anreichern. Vertreter dieser Stoffgruppe – darunter die PFOA – stehen im Verdacht, das Hormonsystem zu stören, die Fruchtbarkeit zu beeinträchtigen oder Krebs zu verursachen. Insgesamt umfasst die Stoffgruppe mehr als 10.000 einzelne Verbindungen, von denen bislang nur wenige reguliert oder verboten sind.

Dass PFAS dennoch in Alltagsprodukten eingesetzt werden, zeigte auch eine Untersuchung der Verbraucherzentrale Hamburg im vergangenen Jahr. Damals hatten die Verbraucherschützer in Antihaft-Pfannen hohe Gehalte an per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen nachgewiesen. Auch in der aktuellen Stichprobe gab es Auffälligkeiten: Bei einem Imprägnierspray wurden sehr hohe Gesamtfluorwerte von über 4.000 Milligramm pro Kilogramm gemessen. Belastete Aerosole aus Sprays gelten als besonders problematisch, da sie in die Atemluft gelangen.

„In vielen Alltagsgegenständen können PFAS stecken, doch Verbraucher und Verbraucherinnen haben beim Kauf keine Möglichkeit, das zu erkennen. Es sei denn, die Unternehmen weisen freiwillig darauf hin. Oft sind die Kennzeichnungen aber irreführend, denn meist bedeutet „PFOA-frei“, dass andere PFAS enthalten sind“, erklärt Langsdorf. Vor diesem Hintergrund fordert die Verbraucherschützerin ein zügiges, umfassendes Verbot der gesamten Stoffgruppe in der Europäischen Union sowie klare Kennzeichnungspflichten, wenn PFAS doch genutzt werden.

## Kommt das EU-Verbot für PFAS?

Auf EU-Ebene wird derzeit eine weitreichende Beschränkung der Stoffgruppe vorbereitet: Die beiden zuständigen Ausschüsse – der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) und der Ausschuss für sozioökonomische Analyse (SEAC) – haben sich dafür ausgesprochen, wobei insbesondere ersterer die gesundheitlichen und ökologischen Gefahren der PFAS betont. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich Ende 2026 nach Abschluss des Verfahrens getroffen.

Ein mögliches PFAS-Verbot müssten die zuständigen Behörden laut Langsdorf konsequent kontrollieren und durchsetzen. „Unser aktueller Fund in der Kinderjacke von KiK zeigt, dass selbst bereits seit Jahren verbotene Stoffe weiterhin in Produkten auftauchen“, warnt Langsdorf. „Ohne wirksame Kontrollen und spürbare Konsequenzen für Hersteller drohen bestehende Regelungen ins Leere zu laufen.“

**Weitere Informationen zu PFAS** finden Interessierte auf der Webseite der Verbraucherzentrale Hamburg unter: www.vzhh.de/pfas.

*Diese Veröffentlichung unterstützt die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen / SDG 12 Nachhaltiger Konsum. Die Umweltberatung der Verbraucherzentrale Hamburg wird von der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft gefördert.*

**Bitte beachten Sie, dass die Meldung den Stand der Dinge zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wiedergibt.**

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

https://www.vzhh.de/presse/ewigkeitschemikalien-im-alltag-verbraucherzentrale-findet-verbotene-pfas-kinderjacke